

20.06.2013

Neudruck

## Entschließungsantrag

**der Fraktion der SPD  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion der PIRATEN**

zur  
Unterrichtung durch die Landesregierung

### **Unterstützungsmaßnahmen der Landesregierung zur Hochwasserhilfe – Nordrhein-Westfalen zeigt sich solidarisch**

Das Verhandlungsergebnis der Gespräche am 19. Juni 2013 zwischen Bundesregierung und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder ist ein gutes Ergebnis: für die Solidarität mit den Opfern der Flutkatastrophe und für Nordrhein-Westfalen.

Solidarität zuallererst zu leben und nicht zuerst zu fordern, war stets ein Markenkern Nordrhein-Westfalens. Mit den Zusagen zur Übernahme der Lasten im Rahmen der Hochwasserhilfe und mit dem Engagement und Einsatz vieler haupt- und ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer zeigen wir, dass wir uns an allen Hilfen beteiligen, die jetzt benötigt werden.

Die Flutkatastrophe in diesem Jahr zeigt erneut, wie wichtig ein langfristig angelegter Hochwasserschutz mit den Maßnahmen Deichsanierung, Deichrückverlegung und steuerbare Rückhalteräume ist.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen beschließt:

1. Der Landtag Nordrhein-Westfalen unterstützt die Landesregierung, einem „Aufbauhilfegesetz“ des Bundes in der Sitzung des Bundesrates am 5. Juli 2013 zuzustimmen und für eine zügige Umsetzung der Hochwasserhilfe zu sorgen.

Datum des Originals: 20.06.2013/Ausgegeben: 20.06.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

2. Der Landtag Nordrhein-Westfalen bittet die Landesregierung, mit der Bundesregierung Gespräche über eine langfristig angelegte Finanzierungshilfe für Hochwasserschutzmaßnahmen auf der Grundlage des Vorschlags des Landes Niedersachsen für einen Sonderrahmenplan "Maßnahmen des Hochwasserschutzes im Binnenland infolge des Klimawandels" aufzunehmen.

Norbert Römer  
Marc Herter

und Fraktion

Reiner Priggen  
Sigrid Beer

und Fraktion

Dr. Joachim Paul  
Monika Pieper

und Fraktion